



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

40. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. August 1987

Nummer 49

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
20510	22. 7. 1987	RdErl. d. Innenministers Behandlung von Verwahrstücken im Bereich der Polizei	1176
2170	23. 7. 1987	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundessozialhilfegesetz; Barbetrag für Hilfeempfänger, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.	1182
7861	15. 7. 1987	RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung von baulichen Maßnahmen in Altgehöften, Aussiedlungen, Teil- und Betriebszweigaussiedlungen in der Landwirtschaft (EFP)	1176
7861	20. 7. 1987	RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Junglandwirte für die erstmalige Niederlassung in einem landwirtschaftlichen Betrieb	1176
8301	21. 7. 1987	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Durchführung der Kriegsopferversorge; Anhaltspunkte zur Anwendung des § 25c Abs. 3 BVG beim Einsatz und bei der Verwertung von Vermögen (§ 25f BVG)	1176

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Ministerpräsident	
16. 7. 1987	Bek. - Ungültigkeit eines Dienstausses	1178
17. 7. 1987	Bek. - Verleihung des Verdienstordens des Landes Nordrhein-Westfalen	1178
22. 7. 1987	Bek. - Kanadisches Generalkonsulat, Düsseldorf	1178
22. 7. 1987	Bek. - Ungültigkeit eines Dienstausses	1178
23. 7. 1987	Bek. - Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises	1179
	Innenminister	
13. 7. 1987	Bek. - Anerkennung von Atemschutzgeräten für Feuerwehren	1179
13. 7. 1987	Bek. - Anerkennung von Funkgeräten für Feuerwehren	1179
13. 7. 1987	Bek. - Anerkennung von Sprungrettungsgeräten für Feuerwehren	1179
13. 7. 1987	Bek. - Anerkennung von Strahlenschutzrüstungsteilen für Feuerwehren	1179
3. 8. 1987	RdErl. - Beflagung am „Tag der Heimat“	1182
	Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	
21. 7. 1987	Bek. - Lehrgänge des Deutschen Volksheimstättenwerks - Landesverband Nordrhein-Westfalen - September/Oktober 1987	1180

I.

20510

**Behandlung von Verwahrstücken
im Bereich der Polizei**RdErl. d. Innenministers v. 22. 7. 1987 –
IV A 2 – 2029

Mein RdErl. v. 24. 10. 1983 (SMBL. NW. 20510) wird wie folgt geändert:

1. Der RdErl. erhält das Aktenzeichen 2029.
2. Die Nr. 3.4.5 wird neu gefaßt:

Gefährliche Sachen (z. B. Explosivstoffe, Zünder, feuergefährliche oder radioaktive Stoffe, gefährliche Chemikalien, Gifte) sind entsprechend den Erfordernissen des Einzelfalles als Verwahrstücke zu sichern. Dabei ist grundsätzlich davon auszugehen, daß bei der Behandlung und Lagerung dieser Sachen besondere Sicherheitsbestimmungen zu beachten sind, die in der Regel eine Aufbewahrung durch die Polizei ausschließen. Auf die eventuell erforderliche Beteiligung bzw. Inanspruchnahme von zuständigen Stellen und Fachkräften (Kampfmittelräumdienst, Feuerwehr, Gewerbeaufsichtsämter oder private Fachunternehmen) wird hingewiesen.

Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) sind – soweit möglich – zum Zwecke der Verwahrung zu entschärfen. Ist eine Entschärfung nicht möglich oder zu gefährlich, sind sie nach Beschreibung und fotografischer Beweissicherung zu vernichten. Soweit die Gefahrenlage es zuläßt, sind zuvor Proben der brand- bzw. explosionsgefährlichen Substanzen für Untersuchungszwecke zu nehmen. – Hinsichtlich der Sachbehandlung im Einzelfall ist jeweils das Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft herzustellen, die das Ermittlungsverfahren führt, sofern nicht nach pflichtgemäßem Ermessen ein vorheriges Handeln geboten erscheint.

– MBL. NW. 1987 S. 1176.

7861

**Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen
für die Förderung von baulichen Maßnahmen in
Altgehöften, Aussiedlungen, Teil- und
Betriebszweigaussiedlungen in der
Landwirtschaft (EFP)**RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft v. 15. 7. 1987 –
II A 3 – 2114/02 – 4133

Mein RdErl. v. 5. 8. 1986 (MBL. NW. 7861) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. In Nummer 6.2 wird folgender Absatz angefügt:
Andere natürliche oder juristische Personen können von mir auf Antrag als Betreuer zugelassen werden.
2. In Nummer 6.3.4 wird der Satzteil „– spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Zieljahres –“ gestrichen.
3. In Nummer 6.4.1 wird folgender Absatz angefügt:
Neben dem Höchstbetrag darf gemäß § 8 Abs. 3 letzter Satz der II. Berechnungsverordnung die Umsatzsteuer angesetzt werden.

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in Kraft.

– MBL. NW. 1987 S. 1176.

7861

**Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen
an Junglandwirte für die erstmalige Niederlassung
in einem landwirtschaftlichen Betrieb**RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und
Landwirtschaft v. 20. 7. 1987 –
II A 3 – 2114/02 – 4125

Mein RdErl. v. 17. 4. 1986 (SMBL. NW. 7861) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 3.3 wird das Wort „Berufsausbildung“ durch das Wort „Berufsbildung“ ersetzt.
2. In der Anlage 1 wird in Nummer 2.4 das Wort „Berufsausbildung“ durch das Wort „Berufsbildung“ ersetzt.

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in Kraft.

– MBL. NW. 1987 S. 1176.

8301

**Durchführung der Kriegsopferversorge
Anhaltspunkte zur Anwendung des § 25 c Abs. 3 BVG
beim Einsatz und bei der Verwertung von
Vermögen (§ 25 f BVG)**RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und
Soziales v. 21. 7. 1987 –
II B 4 – 4401.7

Durch das Sechzehnte Anpassungsgesetz – KOV – ist ab 1. 7. 1987 der Bemessungsbetrag nach § 33 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe a BVG von 30 687 DM auf 31 853 DM erhöht worden. Diese Erhöhung wirkt sich auch auf die Vermögensschonbeträge des § 25 f Abs. 2 BVG aus.

Die Anlagen 1 bis 3 meines RdErl. v. 22. 1. 1985 (SMBL. NW. 8301) erhalten daher die nachstehende Fassung:

Anlagen
1 bis 3

Anlage 1

Geminderte Lebensstellung

Stand: 1. 7. 1987

Leistungsart	Gesetzl. Schonbetrag DM	Erhöhungsbetrag DM
--------------	----------------------------	-----------------------

I. Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt

– Schwerbeschädigte und Hinterbliebene (ohne Anspruch auf Berufsschadens- oder Schadensausgleich)	3 185,-	1 000,-
– Empfänger von Berufsschadens- oder Schadensausgleich	3 185,-	2 000,-

II. Übrige Hilfen

1. allgemein

– Schwerbeschädigte (ohne Anspruch auf Berufsschadensausgleich und ohne Sonderfürsorgeberechtigung) und Hinterbliebene (ohne Anspruch auf Schadensausgleich)	6 371,-	2 000,-
– Empfänger von Berufsschadens- oder Schadensausgleich	6 371,-	3 900,-

Leistungsart	Gesetzl. Schonbetrag DM	Erhöhungsbetrag DM
2. Hilfe nach § 27d Abs. 1 Nr. 7 BVG i.V.m. § 67 BSHG und Hilfe nach § 26c Abs. 6 Satz 2 BVG		
- Schwerbeschädigte (ohne Anspruch auf Berufsschadensausgleich) und Hinterbliebene (ohne Anspruch auf Schadensausgleich)	12 741,-	3 900,-
- Empfänger von Berufsschadens- oder Schadensausgleich	12 741,-	7 700,-
3. Schwerbeschädigte, Sonderfürsorgeberechtigte	12 741,-	3 900,-
4. Sonderfürsorgeberechtigte mit Berufsschadensausgleich	12 741,-	7 700,-

Anlage 2

Art und Schwere der Schädigung
Stand: 1. 7. 1987

Leistungsart	Gesetzl. Schonbetrag DM	Erhöhungsbetrag DM
I. Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt		
Sonderfürsorgeberechtigte allgemein	3 185,-	400,-
Schwerbeschädigte Sonderfürsorgeberechtigte allgemein	3 185,-	700,-
Pflegezulageempfänger der Stufen I oder II	3 185,-	1 000,-
Pflegezulageempfänger der Stufen III oder IV	3 185,-	1 300,-
Pflegezulageempfänger der Stufen V oder VI	3 185,-	1 600,-
II. Übrige Hilfen		
Sonderfürsorgeberechtigte allgemein	12 741,-	1 300,-
Schwerbeschädigte Sonderfürsorgeberechtigte allgemein	12 741,-	2 600,-
Pflegezulageempfänger der Stufen I oder II	12 741,-	3 900,-
Pflegezulageempfänger der Stufen III oder IV	12 741,-	5 100,-
Pflegezulageempfänger der Stufen V oder VI	12 741,-	6 400,-

Anlage 3

Kumulationstabelle
Geminderte Lebensstellung
Art und Schwere der Schädigung
Stand: 1. 7. 1987

Leistungsart	Gesetzl. Schonbetrag DM	Erhöhungsbetrag DM
I. Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt		
1. Sonderfürsorgeberechtigte allgemein		
- ohne Berufsschadensausgleich	3 185,-	400,-
- mit Berufsschadensausgleich	3 185,-	2 400,-

Leistungsart	Gesetzl. Schonbetrag DM	Erhöhungsbetrag DM
2. Schwerbeschädigte Sonderfürsorgeberechtigte		
- ohne Berufsschadensausgleich	3 185,-	1 700,-
- mit Berufsschadensausgleich	3 185,-	2 700,-
3. Pflegezulageempfänger der Stufen I oder II		
- ohne Berufsschadensausgleich	3 185,-	2 000,-
- mit Berufsschadensausgleich	3 185,-	3 000,-
4. Pflegezulageempfänger der Stufen III oder IV		
- ohne Berufsschadensausgleich	3 185,-	2 300,-
- mit Berufsschadensausgleich	3 185,-	3 300,-
5. Pflegezulageempfänger der Stufen V oder VI		
- ohne Berufsschadensausgleich	3 185,-	2 600,-
- mit Berufsschadensausgleich	3 185,-	3 600,-
6. Schwerbeschädigte (ohne Anspruch auf Berufsschadensausgleich und ohne Sonderfürsorgeberechtigung) und Hinterbliebene (ohne Anspruch auf Schadensausgleich)		
	3 185,-	1 000,-
7. Empfänger von Berufsschadens- oder Schadensausgleich		
	3 185,-	2 000,-
II. Übrige Hilfen		
1. allgemein		
- Schwerbeschädigte (ohne Anspruch auf Berufsschadensausgleich und ohne Sonderfürsorgeberechtigung) und Hinterbliebene (ohne Anspruch auf Schadensausgleich)	6 371,-	2 000,-
- Empfänger von Berufsschadens- oder Schadensausgleich	6 371,-	3 900,-
2. Hilfe nach § 27d Abs. 1 Nr. 7 BVG i.V.m. § 67 BSHG und Hilfe nach § 26c Abs. 6 Satz 2 BVG		
- Schwerbeschädigte (ohne Anspruch auf Berufsschadensausgleich und ohne Sonderfürsorgeberechtigung) und Hinterbliebene (ohne Anspruch auf Schadensausgleich)	12 741,-	3 900,-
- Empfänger von Berufsschadens- oder Schadensausgleich	12 741,-	7 700,-
3. Sonderfürsorgeberechtigte		
- Sonderfürsorgeberechtigte allgemein		
- ohne Berufsschadensausgleich	12 741,-	1 300,-
- mit Berufsschadensausgleich	12 741,-	9 000,-

Leistungsart	Gesetzl. Schonbetrag DM	Erhöhungsbetrag DM
- Schwerbeschädigte Sonderfürsorgeberechtigte allgemein		
- ohne Berufsschadensausgleich	12 741,-	6 500,-
- mit Berufsschadensausgleich	12 741,-	10 300,-
- Pflegezulageempfänger der Stufen I oder II		
- ohne Berufsschadensausgleich	12 741,-	7 800,-
- mit Berufsschadensausgleich	12 741,-	11 600,-
- Pflegezulageempfänger der Stufen III oder IV		
- ohne Berufsschadensausgleich	12 741,-	9 000,-
- mit Berufsschadensausgleich	12 741,-	12 800,-
- Pflegezulageempfänger der Stufen V oder VI		
- ohne Berufsschadensausgleich	12 741,-	10 300,-
- mit Berufsschadensausgleich	12 741,-	14 100,-

- MBl. NW. 1987 S. 1178.

II.

Ministerpräsident

Verleihung des Verdienstordens des Landes Nordrhein-Westfalen

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 17. 7. 1987 - I B 4 - 150 - 1/71

Der Ministerpräsident hat nachstehend genannten Persönlichkeiten den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen:

- Max Hermann Archimowitz, Prokurist, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Grevenbroich, Grevenbroich
- Karl Bewerunge, Landwirt, ehemaliger Präsident der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Schalksmühle
- Kurt Werner Erwin Bornhoff, Versicherungskaufmann, Bürgermeister der Stadt Frechen, Frechen
- Adele Buchkremer, Hausfrau, Aachen
- Dr.-Ing. Stephan Buchkremer, Rentner, Aachen
- Dr. jur. Friedrich Wilhelm Christians, Vorstandssprecher, Düsseldorf
- Professor Dr. oec. Dr. rer. pol. h.c. Walter Cordes, ehemaliges Vorstandsmitglied, Rhens
- Dr. h.c. Diether Deneke, Staatsminister a. D., Königswinter
- Kornelius Erdweg, Chemielaborant, Aachen
- Helmut Foerster, Elektro-Installateur, Roetgen
- Fred Werner Gehrke, Einzelhandelskaufmann, Essen
- Rudolf Hönerhoff, Rentner, ehemaliger Bürgermeister der früheren Gemeinde Oldinghausen, Enger
- Professor Dr. h.c. Fritz Holthoff, Staatsminister a. D., Duisburg
- Bruno Jäkel, Bürgermeister der Stadt Gronau, Gronau
- Helmut Kamulski, Verwaltungsangestellter, Remscheid
- Dr.-Ing. Jochen Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e. V., Iserlohn

- Professor Dorothea Konrad, Hochschullehrerin, Duisburg
- Herma Kramm, Universitätschordirektorin, Leiterin des Studentischen Madrigalchores Münster, Münster
- Karl Theodor Lemmen, Fleischermeister, Aachen
- Professor (em.) Dr. phil. Heinrich Lützel, Bonn
- Johannes Walter Meven, Radio- und Fernsehtechnikermeister, Aachen
- Wilhelm Minartz, Bezirks-Schornsteinfegermeister, Alsdorf
- Adolf Josef Müllender, Elektrotechniker, Aachen
- Karl Josef Müllender, Kaufmann, Aachen
- Friedel Neuber, Vorstandsvorsitzender, Duisburg
- Dr. rer. pol. Egon Overbeck, ehemaliger Vorstandsvorsitzender, Duisburg
- Professor Oswald Petersen, Porträtist, Düsseldorf
- Karl Pieper, Textil-Ingenieur, Simmerath
- Karl Jakob Pierotti, Lagermeister, Aachen
- Professor Hermannjosef Rübber, Hochschullehrer, Köln
- Hubert Schäfer, Rentner, ehemaliger Bürgermeister der Großgemeinde Bornheim, Bornheim
- Rudolf Schaumann, Galerist, Essen
- Simon Schlachet, Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Aachen
- Heinz Schmidt, Landespfarrer i. R., Altenberge
- Dr. Joachim Sobotta, Chefredakteur, Meerbusch
- Emil Solke, Landwirt, ehemaliger Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes, Bedburg-Hau
- Karl Trabalski MdL, Diplomkaufmann, Vorstandsmitglied, Düsseldorf
- Helmut Troitzsch, Konsul, Versicherungskaufmann, Mülheim a. d. Ruhr
- Wolfgang Wende, Geschäftsführer, Ratingen
- Jakob Windisch, Vizebürgermeister der Stadt Nazareth-Illit/Israel

- MBl. NW. 1987 S. 1178.

Kanadisches Generalkonsulat, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 22. 7. 1987 - II C 4 - 430 - 1/87

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter des Generalkonsulats von Kanada in Düsseldorf ernannten Herrn Dennis Stephen Maler Baker am 7. Juli 1987 die vorläufige Zulassung als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt die Länder Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme des Regierungsbezirks Köln, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

- MBl. NW. 1987 S. 1178.

Ungültigkeit eines Dienstausweises

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 16. 7. 1987 - I B 1

Der Dienstausweis Nr. 1255 der Frau Petra Koza, ausgestellt vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Sollte der Dienstausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zuzuleiten.

- MBl. NW. 1987 S. 1178.

Ungültigkeit eines Dienstausweises

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 22. 7. 1987

Der Dienstausweis Nr. 1468 der Frau Anja Koller, ausgestellt am 21. 10. 1985 vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Sollte der Dienstausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zuzuleiten.

- MBl. NW. 1987 S. 1178.

Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 23. 7. 1987 -
II C 4 - 417 - 4/85

Der am 22. 10. 1985 von dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen ausgestellte und bis zum 22. 10. 1987 gültige Konsularische Ausweis Nr. 4543 des Herrn Ian Haywood, Bediensteter des Verwaltungspersonals im Königlich Britischen Generalkonsulat Düsseldorf, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

- MBl. NW. 1987 S. 1179.

Innenminister

Anerkennung von Atemschutzgeräten für Feuerwehren

Bek. d. Innenministers v. 13. 7. 1987 -
V B 4 - 4.428 - 21

Laut Prüfbescheinigung Nr. 2/87 GG vom 9. 3. 1987 der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen entspricht das nachstehend näher bezeichnete Atemschutzgerät den Anforderungen der DIN 58645 Teil 10.

Kennzeichnung

Bezeichnung des geprüften Erzeugnisses:	Behältergerät mit Druckluft (Preßluftatmer) mit Rundgewindeanschluß DIN 3183 - CAT
Verwendungszweck:	Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren
DIN-Bezeichnung:	Preßluftatmer DIN 58645 - A 1600 F
Firmenseitige Bezeichnung:	PA 54/80
Hersteller:	Drägerwerk AG, Postfach 1339, 2400 Lübeck 1

Laut Prüfbescheinigung Nr. 3/87 GG vom 10. 3. 1987 der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen entspricht das nachstehend näher bezeichnete Atemschutzgerät den Anforderungen der DIN 58645 Teil 10.

Kennzeichnung

Bezeichnung des geprüften Erzeugnisses:	Behältergerät mit Druckluft (Preßluftatmer) mit Rundgewindeanschluß DIN 3183 - PAA
Verwendungszweck:	Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren
DIN-Bezeichnung:	Preßluftatmer DIN 58645 - A 1600 F
Firmenseitige Bezeichnung:	PA 54/80 AE
Hersteller:	Drägerwerk AG, Postfach 1339, 2400 Lübeck 1

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten - RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBl. NW. S. 2260/SMBL. NW. 2134) - werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

- MBl. NW. 1987 S. 1179.

Anerkennung von Funkgeräten für Feuerwehren

Bek. d. Innenministers v. 13. 7. 1987 -
V B 4 - 4.429 - 71

Der Alarmgeber AG 510 G.-Nr. 8607 003 mit Zielwahlzusatz ZWZ 512-1 G.-Nr. 8602 020 der Firma Standard Elektrik Lorenz AG, Freiburger Straße 3, 7530 Pforzheim, ist von der Zentralprüfstelle für Funkgeräte des Landes Baden-Württemberg bei der Landesfeuerweherschule in Bruchsal geprüft worden. Er entspricht den im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg 1975, S. 1070, bekanntgemachten Baurichtlinien für Alarmgeber und Meldeempfänger des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Rettungswesens.

Das Gerät hat die Serienprüfnummer AG III 08/87.

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten - RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBl. NW. S. 2260/SMBL. NW. 2134) - werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

- MBl. NW. 1987 S. 1179.

Anerkennung von Sprungrettungsgeräten für Feuerwehren

Bek. d. Innenministers v. 13. 7. 1987 -
V B 4 - 4.424 - 6

Die Prüfstelle für Sprungrettungsgeräte bei der Berliner Feuerwehr hat dem nachstehend aufgeführten Sprungrettungsgerät nach vorangegangener Typprüfung eine Prüfnummer nach DIN 14151 Teil 1 (Ausgabe November 1986) erteilt.

Hersteller:	Deutsche Schlauchboot GmbH & Co KG Postfach 1169, 3456 Eschershausen
Bezeichnung:	Sprungrettungsgerät/System Lorschach Stand Februar 1987
Prüfnummer:	Fw Bln. III - 2/87

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten - RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBl. NW. S. 2260/SMBL. NW. 2134) - werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

- MBl. NW. 1987 S. 1179.

Anerkennung von Strahlenschutzgerätteilen für Feuerwehren

Bek. d. Innenministers v. 13. 7. 1987 -
V B 4 - 4.424 - 7

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH, München-Neuherberg, Prüfstelle für Strahlenschutzgerätteile der Feuerwehr, hat der Firma FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Erzeugnisbereich Strahlen-Meßtechnik, System Frieseke, Postfach 1660, 8520 Erlangen, für das

Kontaminationsnachweisgerät CONTAMAT FHT 111 G-F (Meßbereich bis 10⁴ Imp/sec, mit auswechselbarem Xenon-, Butan- und Tritium-Zähler)

nach der Prüfung den TYPSCHEIN unter der Bezeichnung

Kontaminationsnachweisgerät mit auswechselbarem (Schnellverschluß) Butan-Durchflußzähler, Xenon-Zähler und Tritium-Zähler für die Verwendung bei Feuerwehren, Meßbereich bis 10⁴ Imp/sec,

mit der Prüfnummer K/Fw/GSF 057804/3 erteilt.

Dieser Prüfschein ergänzt den Typschein K/Fw/GSF 057804/2 vom 3. 6. 1981. Die Ergänzung wurde notwendig durch Erweiterung des Meßbereiches von 10² bis 10⁴ Imp/sec.

Die Prüfung wurde nach den derzeit gültigen Prüfrichtlinien durchgeführt. Nach den Ergebnissen dieser Prüfung ist das Gerät für den Einsatz bei Feuerwehren geeignet.

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten - RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBl. NW. S. 2260/SMBL. NW. 2134) - werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

- MBl. NW. 1987 S. 1179.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Lehrgänge des Deutschen Volksheimstättenwerks - Landesverband Nordrhein-Westfalen - September/Oktober 1987

Bek. d. Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr v. 21. 7. 1987 - Z A 4.1850

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Volksheimstättenwerks führt im September/Oktober 1987 die nachstehend genannten Lehrgänge durch:

597. Lehrgang
Diskussionsseminar: Städtebauliche Aspekte der Dorfentwicklung und Dorferneuerung in Nordrhein-Westfalen
1. bis 2. September 1987 in 5300 Bonn-Röttgen.

Ministerialdirigent Walter Neusel
Düsseldorf, Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft:

Dorferneuerung als eine gesellschaftspolitische Zielsetzung für den ländlichen Raum

Ltd. Regierungsdirektor Dr. Hoppe - Oberregierungsrat
Berens
Münster, Landesamt für Agrarordnung:

Planerische Entscheidungshilfen in der Dorferneuerung für ländliche Gemeinden

Landeskonservator Professor Dr. Udo Mainzer
Rheinisches Amt für Denkmalpflege, Pulheim:
Baukultur, Denkmalpflege auf dem Lande

Verwaltungswirt Kurt Krüger
Fachbereichsleiter der Landsiedlung Baden-Württemberg, Stuttgart:

Die Dorferneuerung als städtebauliche Betreuungsaufgabe

Den Vortrag ergänzen Erfahrungsberichte aus NW, die durch Herrn Diekmann, Landesentwicklungsgesellschaft Bielefeld, vermittelt werden.

Rechtsanwalt Bernhard Boecker
Köln

Die Auswirkungen des Baugesetzbuchs auf die Baugenehmigung im Dorf

Ministerialrat Günter Schlepforst
Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Düsseldorf:

Die Förderung der Dorferneuerung in Nordrhein-Westfalen -
Zweck, Gegenstand und Modalitäten

Ministerialrat Dr. Hans-Dieter Krupinski -
Regierungsbaurätin Nakelski-Wiegert
Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr,
Düsseldorf:

Der Einsatz von Modernisierungs- und Städtebauförderungsmitteln zur Verbesserung städtebaulicher Problemsubstanzen im Dorfgebiet

Diskussion nach Fragen und Fällen der Teilnehmer zur Vorbereitung, Planung und Verwirklichung der Dorferneuerung

Auf dem Podium:

Die Dozenten des Seminars

598. Lehrgang
Schadensfrei planen:
**Schall-, Wärme- und Tauwasserschutz bei der Altbau-
sanierung**

3. September 1987 in 5300 Bonn-Röttgen.

Referent:

Dipl.-Ing. Rainer Pohlenz
Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule, Aachen:

599. Lehrgang
**Diskussionsseminar: Umwelt, Umweltverträglichkeits-
prüfung und kommunale Bauleitplanung**
9. bis 10. September 1987 in 5430 Bad Honnef 1

Ministerialrat Dr. Wilhelm Söfker
Bonn, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau:

Die EG-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung und ihre Auswirkungen auf die kommunale Bauleitplanung

Dr. Hans-Peter Kulartz
Umweltdezernent des Kreises Mettmann:

Umweltverträglichkeitsprüfungen im kommunalen Bereich, insbesondere bei Planungen

Dr. Hans-Peter Kulartz
Umweltdezernent des Kreises Mettmann:

Landschafts- und Naturschutz -
Landschaftsplanung und kommunale Bauleitplanung

Ltd. Ministerialrat Herbert Fieseler
Düsseldorf, Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen
und Verkehr:

Inhalt der Bauleitplanung und Instrumente der Planung im Baugesetzbuch unter besonderer Berücksichtigung des Einführungserlasses NW

Erarbeitung von Lösungen für planerische Konfliktsituationen anhand vorbereiteter Aufgabenstellungen in Arbeitsgruppen

Informanten der Arbeitsgruppen und Diskutanten auf dem Podium:

Rechtsanwalt Bernhard Boecker, Köln
Ltd. Ministerialrat Herbert Fieseler, Düsseldorf
Ministerialrat Dr. Wilhelm Söfker, Bonn

Lehrgang 599a:
**Seminar: Ausgewählte Fragen des Wohngeldrechts:
Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften - Vorübergehende
Abwesenheit -
Diskussion nach Fragen der Teilnehmer**
15. September 1987 in 4790 Paderborn

Stadtverwaltungsrat H. Schnüchel
Paderborn, Stadtverwaltung:

Die Behandlung von Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften mit Nichtfamilienmitgliedern

Stadtamtmann W. Ibal
Köln, Stadtverwaltung:

Die „vorübergehende Abwesenheit“ bei der Wohngeldbewilligung

Diskussion nach Fragen und Fällen der Teilnehmer zum gesamten Wohngeldrecht und zum Wohngeldbewilligungsverfahren

Auf dem Podium:

Die Dozenten des Seminars

Festveranstaltung aus Anlaß des 600. Lehrgangs
29. September 1987 in 4000 Düsseldorf, Malkasten

Dr. Franz Möller MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages
**Verbände als Helfer des Gesetzgebers -
am Beispiel des vhw**

Franz Müntefering MdB
Sundern/Bonn, Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages

Stadterhaltung und Stadterneuerung - politisch nötig, finanziell möglich?

Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht
Professor Dr. Felix Weyreuther, Berlin

Das Abgabenrecht als Instrument des Umweltschutzes

601. Lehrgang

**Diskussionsseminar: Das Mietrecht nach BGB und MHG
Aktuelle Probleme unter Berücksichtigung des AGB-Gesetzes und neuester Rechtsprechung**
7. bis 8. Oktober 1987 in 4772 Bad Sassendorf

Rechtsanwalt Norbert Eisenschmid
Köln:

Ausgewählte Probleme zum Formularmietvertrag

Geschäftsführer Dr. Hans-Herbert Gather
Düsseldorf, Zentralverband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer:

Schönheitsreparaturen

Richter am LG Hubert Blank
Mannheim, Landgericht:

Feuchtigkeitsschäden in Mietwohnungen

Rechtsanwalt Norbert Eisenschmid
Köln:

Gebrauchsrechte des Mieters

Richter am LG Hubert Blank
Mannheim, Landgericht:

Vorzeitige Beendigung von Mietverträgen

Geschäftsführer Dr. Hans-Herbert Gather
Düsseldorf, Zentralverband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer

Neue Rechtsprechung zum Mietrecht

Diskussion nach Fragen und Fällen der Teilnehmer auch zu in den Vorträgen nicht behandelten Themen aus dem Recht des freifinanzierten Wohnungsbaus

Auf dem Podium:

Die Dozenten des Seminars

602. Lehrgang

Seminar: Die Sicherung der Standorte von Betrieben in Nordrhein-Westfalen
14. Oktober 1987 in 4300 Essen

Ministerialrat Hein Arning
Leiter der Gruppe „Stadterneuerung und Stadtverkehr“ im Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Düsseldorf:

Standortsicherung von Betrieben als stadtentwicklungs- und strukturpolitische Aufgabenstellung der Stadterneuerung

Rechtsanwalt Bernhard Boecker
Köln:

Rechtliche Probleme bei der Standortsicherung

Ministerialrat Dieter Krane
Düsseldorf, Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft:

Bewältigung von Immissionsschutzproblemen durch Standortsicherung

Geschäftsführer Dipl.-Volkswirt Peter Lampe
Düsseldorf, Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen:

Standortsicherung von Betrieben in Gemengelage als komplexe Betreuungsaufgabe

Diskussion nach Fragen und Fällen der Teilnehmer

Auf dem Podium:

Die Dozenten des Seminars

603. Lehrgang

**Sonderfragen der Bauvergabe:
AGB-Gesetz und Bauverträge**
15. Oktober 1987 in 4300 Essen

Professor Hermann Korbion
Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf

604. Lehrgang

Diskussionsseminar: Aktuelle Rechts- und Auslegungsfragen bei der Anwendung der Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen

20. bis 21. Oktober 1987 in 4280 Borken

Richter am OVG NW Michael Höver
Münster, Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen:

Der Nachbarnschutz im Bauordnungsrecht

Ministerialrat Heinz-Georg Temme
Düsseldorf, Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr:

Die Anwendung der Bauordnung bei Modernisierungs-, Um- u. Ausbaumaßnahmen

Ministerialdirigent Dr. Dieter Böckenförde
Düsseldorf, Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr:

Der baurechtliche Vorbescheid

Hauptreferent Gundolf Bork
Düsseldorf, Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund:

Die Verantwortung der am Bau Beteiligten

Diskussion nach Fragen und Fällen der Teilnehmer und zur Änderung des § 65 Abs. 3 (Bauvorlageberechtigung)

Auf dem Podium:

Die Dozenten des Seminars

Den Mitarbeitern in den Kommunalverwaltungen wird die Teilnahme an den Veranstaltungen empfohlen.

Anmeldungen sind an den Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Volksheimstättenwerks, Neefestr. 2 a, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 692075, zu richten.

Innenminister**Beflaggung am „Tag der Heimat“**

RdErl. d. Innenministers v. 3. 8. 1987 -
I B 3/17 - 65. 15

T. Die Dienststellen des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der übrigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Landesaufsicht unterstehen, bitte ich, am „Tag der Heimat“, der am 13. September 1987 begangen wird, zu flaggen (Gesetz über das öffentliche Flaggen vom 10. März 1953 - GS. NW. S. 144 -, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 - GV. NW. S. 370 -, SGV. NW. 113).

- MBl. NW. 1987 S. 1182.

I.**2170****Bundessozialhilfegesetz****Barbetrag für Hilfeempfänger,
die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 23. 7. 1987 - IV A 2 - 5038.1

Aufgrund des § 21 Abs. 3 Satz 3 des Bundessozialhilfegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 1983 (BGBl. I S. 613), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 1985 (BGBl. I S. 1081), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundessozialhilfegesetz vom 18. März 1975 (GV. NW. S. 269), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. April 1983 (GV. NW. S. 160), setze ich ab 1. September 1987 die Barbeträge für Hilfeempfänger, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben - unter Berücksichtigung der Erhöhung der Regelsätze der Sozialhilfe ab 1. September 1987 - wie folgt neu fest:

Stufe	Lebensalter	DM
1	Vom Beginn des 5. Lebensjahres bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (4 und 5 Jahre)	5,70
2	im 7. Lebensjahr (6 Jahre)	11,60
3	im 8. Lebensjahr (7 Jahre)	17,30
4	im 9. Lebensjahr (8 Jahre)	23,20
5	vom Beginn des 10. bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres (9 und 10 Jahre)	28,90
6	im 12. Lebensjahr (11 Jahre)	34,60
7	im 13. Lebensjahr (12 Jahre)	40,60
8	im 14. Lebensjahr (13 Jahre)	46,20
9	im 15. Lebensjahr (14 Jahre)	57,90
10	im 16. Lebensjahr (15 Jahre)	63,60
11	im 17. Lebensjahr (16 Jahre)	75,20
12	im 18. Lebensjahr (17 Jahre)	80,90

Hilfeempfänger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, erhalten mit Wirkung vom 1. September 1987 gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 BSHG einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung in Höhe von mindestens 121,50 DM.

Mein RdErl. v. 8. 7. 1986 (SMBI. NW. 2170) wird mit Wirkung v. 1. 9. 1987 aufgehoben.

- MBl. NW. 1987 S. 1182.

Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postcheckkonto K51n 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569